

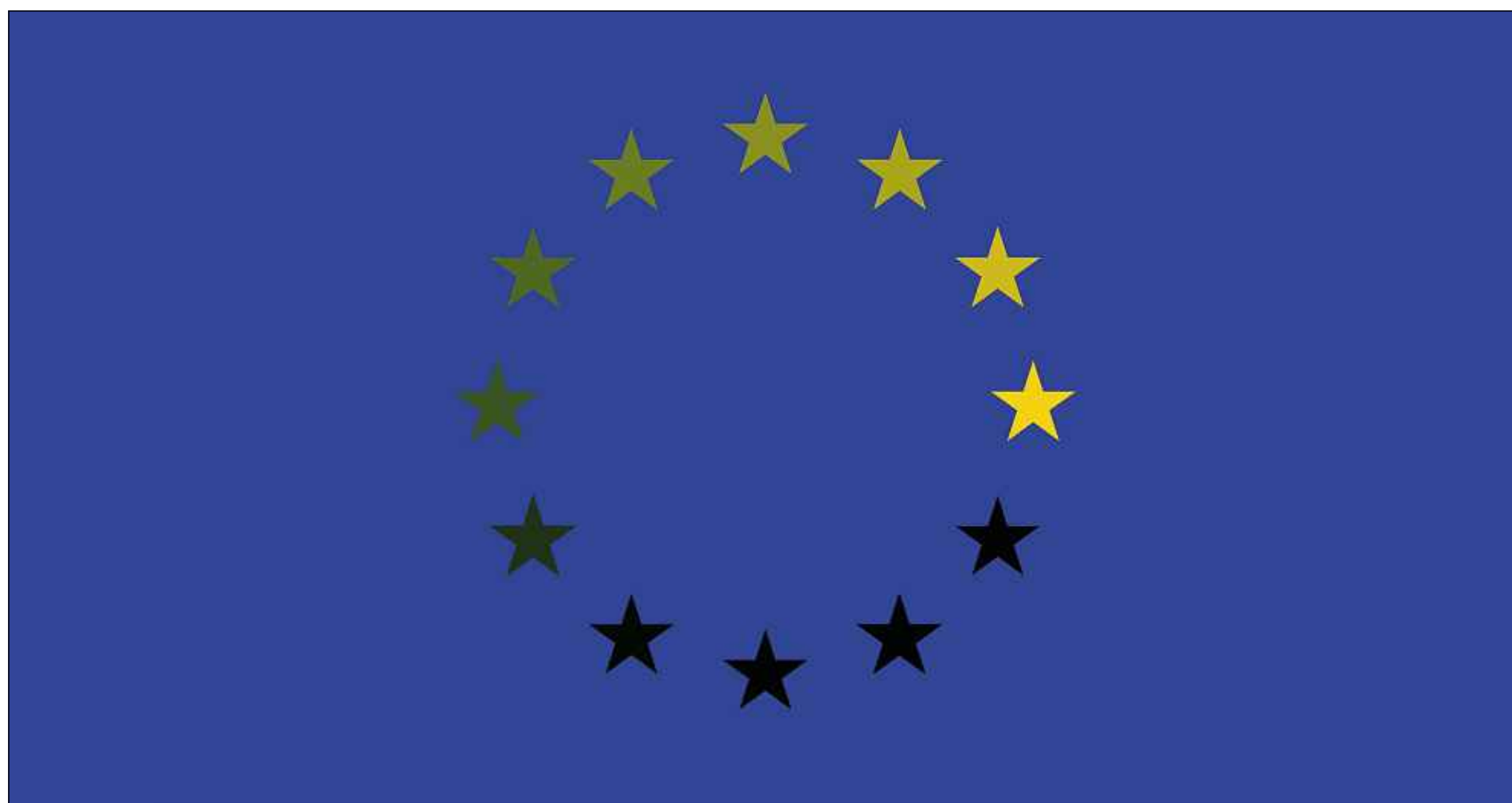
Causa

ARGUMENTE UND ZUSAMMENHÄNGE

Wir laden interessante Autoren ein, sich auf www.causa.tagesspiegel.de auszutauschen und präsentieren jede Woche die wichtigsten Argumente.

Diese Woche geht es um „Europa nach dem Brexit“ und die „Türkei nach dem Putschversuch“. Der ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin fordert die EU-Staaten auf, ihr fragiles institutionelles Gefüge zu stabilisieren, um akzeptabel zu bleiben. Und die Konfliktforscherin Christiane Fröhlich, die derzeit in Istanbul ist, rückt die Gülen-Bewegung in den Blickpunkt. Viel mehr als Erdogan spalte, vereine die Ablehnung des Predigers die Menschen in der Türkei.

Außerdem finden Sie erstmals auf dieser Seite einen Text der neuen Causa-Kolumnisten, die von unterschiedlichen Werten aus die Welt in den Fokus nehmen. Alle Texte unter causa.tagesspiegel.de/kolumnen



Ein visueller Kommentar zu Europas Neufindung von Raban Ruddigkeit / brousserruddigkeit.com

Es geht um Gülen – und nicht immer nur um Erdogan

Christiane Fröhlich über den Blick auf die Türkei

Die europäisch-westlichen Beobachter der Vorgänge in der Türkei seit dem 15. Juli scheinen sich weitgehend einig: Der gescheiterte Putschversuch war der Anfang vom Ende dessen, was an Demokratie in der Türkei seit der Machtübernahme der AKP 2002, der Wahl Recep Tayyip Erdogans zum Ministerpräsidenten 2003 und seiner Übernahme des Präsidentenamtes 2014 übrig geblieben war. Ohne Frage ist der wachsende Autoritarismus der türkischen Regierung real und besorgniserregend. (...) Dennoch gehört zur innertürkischen Diskussion des Putsches und seiner Folgen mehr als das „Gegen-Erdogan-Sein“, das die westliche Interpretation dominiert. (...)

Im innertürkischen Diskurs gilt es keineswegs als erwiesen, dass Erdogans Position durch den Putsch gestärkt wurde. Im Gegenteil sagen auch regierungskritische Stimmen, dass er durch den Verlust seiner wichtigsten Repressionsinstrumente an Macht verloren hat. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Gülen-Bewegung; im türkischen Diskurs gilt es inzwischen als erwiesen, dass diese religiöse Sekte das Militär sowie Justiz, Teile des Bildungssektors usw. unterwandert hatte und Drahtzieher des Putschversuchs war. Sie hat sich zu einem gemeinsamen Feind der bisher zum Teil offen verfeindeten gesellschaftlichen Kräfte innerhalb der türkischen Gesellschaft entwickelt. So erklärt sich auch, wieso die türkische Regierung am 24. Juli eine Kundgebung der Opposition auf dem Taksim-Platz genehmigte, an der alle möglichen gesellschaftlichen Gruppierungen teilnahmen – LGBTQ, Aleviten, Kurden, Kemalisten, Religiöse, AKP-Unterstützer usw. –, und die noch dazu in regierungstreuen Medien übertragen wurde. Dies passt nicht in die westliche Vorstellung der AKP-Allmacht, aber in die breite gesellschaftliche Ablehnung der Gülenisten. Ähnliches gilt für einen Werbespot, der im türkischen Fernsehen in Dauerschleife läuft; aus den Worten Mustafa Kemal Atatürks „Glücklich, wer von sich sagen kann, er sei Türke“ macht er „Glücklich, wer von sich sagen kann, er sei Türke, Kurde, Tscherkesse, Araber, Armenier, Assyrer, Jude, Christ, Alevit, Sunnit“. Auch Erdogans öffentliche Danksagung an Oppositionsführer Kılıçdaroglu für seine entschlossene Haltung gegen den Putschversuch und die Tatsache, dass Ministerpräsident Yıldırım seit dem 15. Juli immer wieder von der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Dialogs spricht, stehen einer eher eindimensionalen Interpretation der Vorgänge entgegen.

Seit dem 15. Juli finden jeden Abend Demonstrationen gegen den Putsch statt, an denen nicht nur Anhänger des Präsidenten teilnehmen, sondern auch Kemalisten, Minderheiten, erklärte Gegner Erdogans. Offenbar geht es vielen Demonstranten nicht in erster Linie um die Person des Staatspräsidenten, sondern darum, wie das politische System künftig aussehen und wie der gesellschaftliche Austauschprozess ausgestaltet werden kann und soll. Im türkischen Diskurs wird der Putsch als fundamentaler Angriff auf die türkische Demokratie angesehen; noch nie in der Geschichte der türkischen Republik hatten Putschisten das türkische Parlament angegriffen. Auch die überraschende Vier-Parteien-Erklärung am Tag nach dem Putsch lässt sich so erklären. Damit verbunden stellen sich viele Menschen die Frage, was geschehen wäre, wenn der Putsch erfolgreich gewesen wäre. Wäre die Herrschaft gülenistisch unterwandelter Militärs demokratischer gewesen als das bestehende System? (...)



Christiane Fröhlich ist Friedens- und Konfliktforscherin und seit April Mercator-IPC Fellow am Istanbul Policy Center der privaten Sabanci Universität

Europas Kontrollproblem

Die Frage, ob die EU sich nach dem Brexit vertiefen oder verflachen soll, geht an der Sache vorbei. Sie muss vielmehr den Wunsch nach kohärenter politischer Steuerung ernst nehmen.

VON JULIAN NIDA-RÜMELIN

Die politische Moderne beginnt mit der Einsicht, dass es keine Herrschaft von Natur gibt, dass niemand legitimerweise Macht über andere gegen deren Willen beanspruchen kann, dass jede Herrschaftsordnung der Zustimmung der Unterworfenen bedarf. Diese prinzipielle Zustimmung wird vermittelt über legitime Institutionen der Demokratie. Nicht das Mehrheitsprinzip stiftet die demokratische Legitimation, sondern eine fundamentale Übereinstimmung über ihre institutionelle Verfasstheit, wozu individuelle Rechte, soziale Sicherheit und eine Kultur gleicher Anerkennung gehören. Wenn dieser Konsens zerbricht, ist die demokratische Ordnung als Ganze gefährdet.

Die politische Entwicklung der letzten Jahre lässt den normativen Grundkonsens der Demokratien nicht nur in Europa, sondern weltweit erodieren. Der geistige Bürgerkrieg in den USA, der im aktuellen Präsidentschaftswahlkampf skurrile Blüten treibt, belegt dies ebenso wie die Verfassungskrise in Brasilien und das Erstarken der populistischen Rechten, teilweise auch der populistischen Linken in Europa.

Das institutionelle Gefüge der Europäischen Union ist besonders fragil. Es beruht nicht auf einer akzeptierten Verfassung (der Entwurf eines Verfassungsvertrags scheiterte an zwei EU-Gründerstaaten, nämlich Frankreich und Niederlande) und die Entwicklung der europäischen Integration war über weite Strecken ein Elitenprojekt, geprägt von der Überzeugung ökonomischer und politischer Verantwortlicher, dass die Völker der Mitgliedstaaten im Grunde noch nicht reif für die europäische Einigung seien. Die Methode Jean Monnets war geleitet von der Idee, man biete ökonomische Vorteile an, die allen zugute kommen und verbinde dies mit einem unumkehrbaren Prozess einer immer weitergehenden europäischen Integration.

„It's time to break free from the EU and take back control of our lives“, schreibt die englische Zeitung „Sun“ am 9. Juni 2016. Ist das nicht ein passender Weckruf in der ältesten Demokratie Europas? Jedenfalls sollten wir den Brexit als eine fundamentale Herausforderung unseres europäischen Demokratieverständnisses ernst nehmen. Das Gefühl, dass die europäische Integra-

tion mit einem demokratischen Kontrollverlust einhergeht, ist weit verbreitet. Die Europaskepsis ist auch Ausdruck einer ur-demokratischen Haltung, wonach es das jeweilige Staatsvolk ist, der Demos im republikanischen, das Ethnos im reaktionären Verständnis, von dem alle Macht ausgehen müsse.

Es ist durchaus zutreffend: Der Ausgleich ökonomischer und politischer Interessen hat bisher am besten im nationalstaatlichen Rahmen funktioniert, ja die zeitgenössischen Nationalstaaten sind Produkte der Re-Nationalisierung der Politik nach der großen Weltwirtschaftskrise 1929ff und ihren desaströsen politischen Folgen in Gestalt des deutschen Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs.

„Let's take back control“ war die Antwort der demokratischen Nationalstaaten: Nie mehr sollte ein sich selbst überlassenes krisenanfälliges Weltfinanzsystem die Völker ins Elend treiben. Die Nationalstaaten der Nachkriegsordnung wollten

die Krisenanfälligkeit durch wirtschaftliche Globalsteuerung beheben und den sozialen Ausgleich organisieren, der für die Legitimation des Kapitalismus unverzichtbar erschien und der fast alle westliche Demokratien tief geprägt hatte. Dies änderte sich im Laufe der 1980er Jahre: Nun war es gerade der Abbau von Sozialstaatlichkeit, der internationale Konkurrenzfähigkeit sichern und die Länder zukunftsfest machen sollte. Im Zuge der neoliberal inspirierten Umgestaltung der Politik fand man sich damit ab, dass die ökonomischen Erfolge in den auf diesem Weg am meisten vorangeschrittenen Ländern ausschließlich den oberen ein bis drei Prozent der Bevölkerung zugute kamen und die Ungleichheit innerhalb der Nationalstaaten dramatisch zunahm. Die soziale Partizipation der unteren Hälfte am wirtschaftlichen Erfolg stand nicht mehr auf der Agenda neoliberal inspirierter Politik, dagegen war die Auflösung nationaler Besonderheiten, die Entwertung staatlicher Grenzen und die Etablierung von Weltregimen in den Mittelpunkt internationaler Politik gerückt.

Die Europäische Union erschien nun zunehmend nicht nur denjenigen als eine Form des Kontrollverlustes, die ethnische und kulturelle Homogenität – die es auch in der Vergangenheit nie gegeben hatte – beschworen, sondern auch denjenigen, die meist von sehr weit links kommend, nur widerwillig ihren Frieden mit einem keynesianisch abgemilderten und sozialstaatlich eingebettetem Kapitalismus gemacht hatten.

Links von der politischen Mitte im sozialliberalen Milieu ist es schwer vermittelbar, dass auch die internationale Migration in den sozio-ökonomisch schlechter gestellten Kreisen der Bevölkerung als Teil des Kontrollverlustes wahrgenommen wird. Er trägt zur Ausbildung eines globalen Arbeitsmarktes bei, der national etablierte Sozialregime unter Druck setzt und die ökonomische Situation der untersten Einkommensgruppen verschlechtert.

Die gegenwärtige Debatte, ob die EU sich als Antwort auf den Brexit vertiefen oder verflachen sollte, geht an der Sache vorbei. Die EU muss den Wunsch nach politischer Kontrolle ernst nehmen, dazu gehört eine kohärente Migrationspolitik ebenso wie eine koordinierte und stringente Fiskalpolitik. Schon die Griechenlandkrise

ist als politischer Kontrollverlust wahrgenommen worden, die Merkel'sche Flüchtlingspolitik erst recht.

„Take back control“, der Wahlspruch der Brexit-Befürworter, sollte zum Motto der EU-Krisen-Antwort werden. Das europäische Integrationsprojekt bedarf jetzt einer demokratischen Fundamental-Legitimation in Gestalt eines europaweiten Verfassungs-Referendums, das den europäischen Demos konstituiert. Dieses Referendum müsste die Balance zwischen ökonomischer und sozialer Integration herstellen, zugleich der nationalen Selbstbestimmung größere Spielräume lassen, die Europäische Kommission zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Regierung ausbauen, die dem demokratischen Wechsel von Regierung und Opposition unterworfen ist und den Rat zu einer zweiten Kammer umbauen. Normierungsexzesse der Kommission mit zweifelhaftem ökonomischen Nutzen werden abgestellt, die Spekulationsanfälligkeit durch eine abgestimmte Fiskalpolitik in europäischer Verantwortung beendet, die soziale Verantwortung auf europäischer Ebene verankert, der multipolare kulturelle Austausch zwischen europäischen Nachbarländern ausgebaut und die europäische Identität unter Bezugnahme auf das gemeinsame humanistische Erbe seit der Antike gestärkt. Integration und Devolution lassen sich verbinden. Nicht mehr oder weniger Integration, sondern „take back control“, auf nationaler und auf europäischer Ebene: Das Primat der Politik ist teilbar in einem recht verstandenen europäischen Föderalismus.

Nur so können die europäischen Institutionen resilient werden und das europäische Einigungsprojekt wieder Vitalität gewinnen ohne die Nationalstaaten abzuwracken – die Tatsache, dass die jungen Briten mit Dreiviertelmehrheit für „Remain“ gestimmt haben, stimmt zuversichtlich.



Julian Nida-Rümelin ist Philosoph, er war von 2001 bis 2002 Kulturstaatsminister und lehrte seit 2004 an der Ludwig-Maximilians-Universität in München

Wenn Umfragen Wahlen entscheiden

Wahlen im Südwesten der Republik. Diese unübersichtliche Koalitionslandschaft bereitet den Wählern Bauchschmerzen und Kopfzerbrechen. Natürlich wollen sie wissen, wer sie nach der Wahl in ihrem Land regiert. Sie mögen ihre Stimme auch so einsetzen wollen, um ihrer Koalition zur Mehrheit zu verhelfen. Aber wie sollen sie das tun, wenn sie ständig hören, dass klassische Koalitionen keine Mehrheit haben und alles andere in den Sternen steht?

In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben diese Muster letztlich zu einem Sog hin zu den Parteien der Ministerpräsidenten geführt: Kretschmann in Baden-Württemberg, Dreyer in Rheinland-Pfalz. Die Dynamik auf der Zielgeraden hat dabei in beiden Ländern ein Ausmaß angenommen, wie wir es vorher kaum kannten. (Übrigens wissen wir auch das aus den vielen Umfragen.) Und der Sog ging jeweils zulasten des kleineren Koalitionspartners, der auf dem (zukünftigen) Koalitionsmarkt schlechte Karten hatte. Und daran waren – nur minimal zugespitzt formuliert – die Umfragen schuld, die diesen Kontext geschaffen haben.

Schauen wir nach vorne: Die aktuellste Umfrage für Berlin sieht fünf Parteien im Abgeordnetenhaus. Im Einzelnen stehen die SPD bei 21 Prozent, die CDU bei 20 Prozent, die Grünen bei 19 Prozent, die Linken 18 Prozent und die AfD bei 13 Prozent. Welche Koalition daraus resultieren kann und wird, steht erneut in den Sternen.

Was mit Wahlen



Thorsten Faas erklärt, was die schwindenden Mehrheiten bedeuten und warum die Verantwortung der Demoskopie wächst.

Rheinland-Pfalz sowie Schwarz-Rot-Grün in Sachsen-Anhalt zeugen davon. Klassische Koalitionsmuster mögen zwar noch wünschenswert erscheinen – und zwar sowohl aus Sicht der Bürger als auch der Parteien –, aber sie haben keine Mehrheiten. Und genau das dokumentieren die vielen, vielen demoskopischen Umfragen minutiös. „Keine Mehrheit für Grün-Rot/Rot-Grün“ war eine beliebte Überschrift im Vorfeld der

Wahlen im Südwesten der Republik. Diese unübersichtliche Koalitionslandschaft bereitet den Wählern Bauchschmerzen und Kopfzerbrechen. Natürlich wollen sie wissen, wer sie nach der Wahl in ihrem Land regiert. Sie mögen ihre Stimme auch so einsetzen wollen, um ihrer Koalition zur Mehrheit zu verhelfen. Aber wie sollen sie das tun, wenn sie ständig hören, dass klassische Koalitionen keine Mehrheit haben und alles andere in den Sternen steht?

In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben diese Muster letztlich zu einem Sog hin zu den Parteien der Ministerpräsidenten geführt: Kretschmann in Baden-Württemberg, Dreyer in Rheinland-Pfalz. Die Dynamik auf der Zielgeraden hat dabei in beiden Ländern ein Ausmaß angenommen, wie wir es vorher kaum kannten. (Übrigens wissen wir auch das aus den vielen Umfragen.) Und der Sog ging jeweils zulasten des kleineren Koalitionspartners, der auf dem (zukünftigen) Koalitionsmarkt schlechte Karten hatte. Und daran waren – nur minimal zugespitzt formuliert – die Umfragen schuld, die diesen Kontext geschaffen haben.

Schauen wir nach vorne: Die aktuellste Umfrage für Berlin sieht fünf Parteien im Abgeordnetenhaus. Im Einzelnen stehen die SPD bei 21 Prozent, die CDU bei 20 Prozent, die Grünen bei 19 Prozent, die Linken 18 Prozent und die AfD bei 13 Prozent. Welche Koalition daraus resultieren kann und wird, steht erneut in den Sternen.

Stand heute aber gilt: „Große Koalition“ (gemeint ist damit eine Koalition aus SPD und CDU) – keine Mehrheit. Rot-Grün – keine Mehrheit. Andere Zwei-Parteien-Koalitionen – keine Mehrheit. Wie die Berliner darauf reagieren? Keine Ahnung. Überträgt man aber die Erfahrungen aus dem Südwesten auf Berlin, so steht Berlin noch einiges an Dynamik bevor, wenn die Wähler auf die Zielgerade des Wahlkampfes einbiegen. Im Vergleich dazu können die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern praktisch ungestört ihr Kreuzchen machen.

Was besser ist, sei dahingestellt. Aber die Mechanismen und Dynamiken von Landtagswahlkämpfen in Zeiten unübersichtlicher Parteienlandschaften verschieben sich zwischen den Ländern. Und zwar abhängig davon, wie viele Umfragen es dort jeweils gibt und was diese zeigen. Die Verantwortung der Demoskopie wächst. Übrigens auch die Gefahr, dass sie danebenliegen. Aber über diese Punkte der aktuellen Entwicklungen schreibe ich ein anderes Mal.

— Der Autor ist Wahlforscher an der Universität Mainz und Kolumnist auf Causa. Weitere Kolumnisten sind die Publizistin Liane Bednarz („Liberal-konservative Notizen“), die Feministin Julia Korbik („Frau Korbik“), der Jurist Heinrich Schmitz („Alles Recht?“), Sylke Tempel von der Zeitschrift „Internationale Politik“ („Außenansichten“) und Ömer Multu („Sucuk bleibt Ghetto“)